

Haushalt 2016
Stellungnahme der **SPD**-Fraktion

Dr. Hans-Peter Rathjens

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine Damen und Herren,

auch wenn es in den letzten Wochen nicht so aussah, diskutiert und entscheidet heute die Stadtverordnetenversammlung über den Haushaltsentwurf 2016. Zwei Entwicklungen haben dies ermöglicht: Der Konsens der Parteien, den Hebesatz der Grundsteuer B auf den gesetzlichen Mindestsatz von 453% zu begrenzen und die Flexibilität von Verwaltung, Magistrat und Bürgermeister, diesem Konsens Rechnung zu tragen und heute einen angepassten, genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorzulegen. Im Ergebnishaushalt kann sogar ein Überschuss in Höhe von 54.900 € erwirtschaftet werden. Dafür der herzliche Dank von Seiten der SPD-Fraktion an alle Beteiligten!

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Haushaltsentwurf stellt einen Kompromiss dar. Fairerweise muss auch eingestanden werden: Es ist ein Minimalkompromiss, dem aber alle Parteien zustimmen können. Es ist nicht zu erwarten, dass kurz vor der Kommunalwahl alle strittigen und kontroversen Themen gelöst werden. Hier bleibt für das neue Parlament viel zu tun. Allein die Zielüberprüfung, das kritische Hinterfragen und die konkrete Umsetzung der pauschalen Kürzung der Sachaufwendungen um 10% bzw. 303.000 € wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Denjenigen, die dem neuen Parlament angehören, wird mit diesem Haushalt auch die Aufgabe übertragen, in einem – aus heutiger Sicht nicht zu vermeidenden Nachtragshaushalt – alle Haushaltspositionen nochmals unter die Lupe zu nehmen und ergänzende Sparvorschläge zu unterbreiten und hier und da Adjustierungen vorzunehmen.

In einem entscheidenden Punkt stellt der vorgelegte Entwurf eine wirklich dramatische Abkehr zu den Entwürfen der Vergangenheit dar. Die Liste „weitere Investitionen“ – versehen mit den Prioritäten 2 bis 4 – ist verschwunden. Die wichtigsten Projekte auf dieser Liste wurden in die mittelfristige Investitionsplanung aufgenommen. Aus dieser Perspektive trägt der Investitionshaushalt den Realitäten Rechnung und verschiebt die Probleme nicht in die Zukunft. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen! Zwei Projekte seien an dieser Stelle aufgeführt: Der Neubau einer Kindertagesstätte in der Sang in Höhe von 2,5 Mio. € sowie die Sanierung bzw. Neubau der Sporthalle Eisenkrain mit rund 4,1 Mio. €. Ob es nachher später wirklich

4,1 Mio. € für die Eisenkrain sein müssen, oder ob nicht doch noch eine kostengünstigere Variante gefunden wird, auch dies wird das neue Parlament intensiv zu diskutieren und dann auch zu entscheiden haben. Die Einbindung und die Mitarbeit der Vereine ist dabei aus Sicht der SPD-Fraktion zwingend und notwendig – gerade in Zeiten angespannter Finanzen.

Der vorgelegte Investitionsentwurf hat eine Konsequenz, der sich jeder bewusst sein muss. Die angestrebte und von vielen gewünschte Reduzierung der Verschuldung wird nicht so gelingen, wie es noch im Haushaltsentwurf 2015 geplant war. Gemäß dem Haushaltsentwurf 2015 sollte der Schuldenstand bis Ende 2018 auf 11,65 Mio. € sinken. Laut dem Haushaltsentwurf 2016 wird der Schuldenstand Ende 2017 auf 22,8 Mio. € klettern und bis Ende 2019 auf lediglich 18,6 Mio. € fallen - und diese Daten enthalten noch nicht den Kredit in Höhe von 3 Mio. € zur Flüchtlingsunterbringung.

Den Schuldenstand werden wir nur dann reduzieren können, wenn die geplanten Bau- und Gewerbegebiete konsequent, entschlossen und rasch umgesetzt werden. Die SPD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu den Baugebieten "Die Sang" und zu den „Obergärten II“. Die Anfragen von vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zeigen, dass eine hohe Nachfrage nach neuem Wohnraum besteht und Baugrundstücke rasch vermarktet werden können. Dem hat die hiesige Kommunalpolitik Rechnung zu tragen.

Aber die SPD-Fraktion bekennt sich nicht nur zu der Entwicklung der Wohnungs-, sondern auch zu Entwicklung der Gewerbegebiete. Bei den Gewerbegebieten sind schon große Fortschritte erzielt worden. Mit Blick nach vorne steht aus unserer Sicht nach dem Bauabschnitt West nun der 2. Bauabschnitt Ost im Fokus mit den Schritten Grunderwerb, Erschließung und anschließende Vermarktung. Sofern sich die Planungen realisieren, können hier bis Ende 2019 Grundstückserlöse von 6 Mio. € verbucht werden. Erlöse, die unserem Stadtsäckel sehr gut tun!

Ein wichtiger Punkt in dem Investitionsprogramm ist die Umsetzung des Straßenbauprogramms auf Basis einer wiederkehrenden Straßenbeitragssatzung. Die Einführung einer Straßenbeitragssatzung wurde uns von der hessischen Landesregierung auferlegt – die Wahlfreiheit bestand lediglich zwischen einer einmaligen und einer wiederkehrenden Satzung. Es bestand Konsens zwischen den Parteien dieses Hauses, eine wiederkehrende Straßenbeitragssatzung zu erlassen - ein Weg der Umsetzung, zu dem sich die SPD-Fraktion an dieser Stelle ausdrücklich bekennt. In diesem – auch in anderen Zusammenhängen – wird immer wieder auf

die Belastung der Bürgerinnen und Bürger hingewiesen, die die Politik auferlege und bestimmte Grenzen nicht überschreiten dürfe. Dies ist im Kern richtig, aber die Diskussion muss umfassender und tiefer geführt, was an dieser Stelle und an diesem Ort nur eingeschränkt möglich ist. Die Kernfrage muss lauten: Welche öffentliche Infrastruktur wollen wir und wie soll sie finanziert werden? Wir können z.B. Autobahnen privatisieren und die Nutzung über Gebühren abdecken. Ein Modell, wie es in Österreich, Frankreich und der Schweiz umgesetzt wird. Und wer einmal durch Schweiz gefahren ist, weiß, wie verdammt teuer eine solche Autofahrt werden kann. Belastung verschwindet nicht, sie wird in einer anderen Form wirksam! Und wenn wir eine sanierte und auf den neuesten Stand gebrachte Verkehrsinfrastruktur hier in unserer Stadt haben, profitierten wir alle – nicht zuletzt auch die Eigentümer von Grundstücken sowie von Wohn- und Gewerbeimmobilien. In der Begründungs- und auch der Rechenschaftspflicht bleibt natürlich die Politik.

Meine Damen und Herrn, noch ein paar Anmerkungen zum Ergebnishaushalt. Das Thema Haushaltskonsolidierung hat uns die letzten Jahre beschäftigt und wird das neue Parlament auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Es liegt nun die 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2016 bis 2019 vor. Es wird sicherlich nicht die letzte Fortschreibung sein, und es wird immer schwieriger werden, weitere Fortschritte zu erzielen. In einem Punkt, Herr Scholz, möchte ich Ihnen ausdrücklich Recht geben: Die verschiedenen Produktgruppen müssen Schritt für Schritt auf Leistungsumfang, Mitteleinsatz und Effizienzsteigerung untersucht werden. Natürlich ist auch ein Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten legitim, Herr Jacobi. Aber was nicht sein kann: Den Gemeinden werden neue und mehr Aufgaben übertragen, aber die angemessene Finanzmittelausstattung wird verweigert. Allein die Bewältigung der Flüchtlingskrise wird enorme Ressourcen nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Gremienarbeit binden. Andere Themen werden nicht mehr mit der Intensität bearbeitet werden können wie noch in der Vergangenheit. Der HaFi wird wesentlich öfter tagen als in der Vergangenheit. Es stellt sich eine Vielzahl von Fragen: Wie viele Kinder werden wir zusätzlich in unseren Kinderbetreuungsseinrichtungen aufnehmen, wie sieht ein zu entwickelndes Integrationskonzept aus. Wie erfolgt die schulische Integration, wie die berufliche Integration der Eltern, wie die Integration in unsere Gemeinde? Ich glaube nicht, dass wir diese Themen bis zur Kommunalwahl lösen können, aber alle Parteien sind aufgefordert, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Mit Blick nach vorne, Herr Bürgermeister, wäre dies ein guter Ausgangspunkt, dass Sie nach der Kommunalwahl das Instrument der Fraktionsrunde wieder stärker nutzen. Es soll - und darf auch nicht - die kontroverse parlamentarische Debatte ersetzen, aber vielleicht hilft es ja, die eine oder andere Verkrampfung, die hier oder dort im

Zeitablauf entstanden ist, ein wenig zu lockern. Und wenn es dann auch noch gelingt, ab und zu mal ein Glas Bier, Äppelwoi oder Wein mit Ihren Magistratskollegen zu trinken, würde das sicherlich auch der Qualität der Rosbacher Kommunalpolitik zugutekommen.

Bei aller Kritik, die ein Bürgermeister immer aushalten muss und immer mit einem herausgehobenen Amt verbunden ist, ein ausdrückliches Lob an dieser Stelle für die Arbeit und das Engagement, die die Verwaltung, der Magistrat, Sie, Herr Bürgermeister Alber, und die vielen ehrenamtlichen Helfer zur Bewältigung der Flüchtlingskrise bis jetzt geleistet haben.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen:

- Die SPD-Fraktion wird dem vorgelegten Haushalt zustimmen
- Der Haushalt stellt einen Kompromiss dar, dem alle Parteien zustimmen können.
- Mit Blick auf die nächste Wahlperiode sind aus unserer Sicht die folgende Punkte wichtig
 1. Fortsetzung des Konsolidierungskurses
 2. Abbau des Schuldenstandes
 3. Nachhaltige Entwicklung der Wohngebiete „Die Sang“, „Obergärten II“ sowie des Gewerbegebietes Ost 2,
 4. Verbesserte finanzielle Ausstattung der Gemeinden
 5. Die Entwicklung eines ganzheitlichen Konzeptes zur Integration der Flüchtlinge, das die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit einbindet und den Ängsten und Befürchtungen durch einen intensiven Dialog Rechnung trägt.

Hier, meine Damen und Herren, sind wir alle gefordert.